

Regieren mit gewaltfreien Mitteln

Theodor Ebert

Das Miteinander von Fundamental- und Atom Pazifismus

Der europäische Pazifismus hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg komplementär zur Abschreckungsstrategie entwickelt; er war eine Antwort auf die mit der atomaren Abschreckung verbundene Gefahr der totalen Vernichtung. Nach außen und auch nach innen *schien* der Atom Pazifismus der Friedensbewegung ein prinzipieller Pazifismus der ausschließlich gewaltfreien Mittel zu sein. Bei den Sitzprotesten vor der Raketenbase in Mutlangen leisteten die Atom Pazifisten und die Fundamental Pazifisten Seite an Seite Zivilen Ungehorsam.

Da zur Begründung des Zivilen Ungehorsams vor Gericht immer wieder Bezug genommen wurde auf Mahatma Gandhi und Martin Luther King, musste man als Beobachter fast den Eindruck gewinnen, dass der Unterschied zwischen Atom Pazifismus und Fundamental Pazifismus sich in eine immer stärkere Identifizierung mit dem Prinzip der Gewaltfreiheit auflöse. Doch eine Fundierung des Atom Pazifismus durch das umfassende Konzept einer Politik mit gewaltfreien Mitteln erfolgte nicht durchgängig.

Frühe Forderungen nach einer Integration gewaltfreier Institutionen in die Regierungspolitik

Die ersten Auseinandersetzungen des Bundes für Soziale Verteidigung mit den Realos in der Fraktion der Grünen im Bundestag hat Roland Vogt im Jahre 1989 als Pressesprecher des Bundes für Soziale Verteidigung in "Gewaltfreie Aktion" ausführlich dokumentiert.¹ Der Kernpunkt der praktischen Überlegungen beim Bund für Soziale Verteidigung war, dass es gelingen müsse, in eine Koalitionsvereinbarung mit der SPD die Institutionalisierung der Sozialen Verteidigung einzubringen durch die Schaffung eines eigenen Ministeriums für "Abrüstung, Konversion und Soziale Verteidigung" als Bedingung einer grünen Regierungsbeteiligung, gewissermaßen als pazifistisches Essential.

Es war auch den Fundamental Pazifisten klar, dass die Grünen als der weitaus kleinere Regierungspartner - selbst mit Unterstützung pazifistischer Kräfte in der SPD - nicht in der Lage sein würden, den sofortigen Ausstieg aus der NATO zustande zu bringen. Vordringlich schien es zu sein, neben der Bundeswehr und im Blick auf die Polizei sogar innerhalb der bewaffneten Institutionen, jedenfalls in ideeller Konkurrenz zum Militärischen die zivile Komponente der Konfliktbearbeitung zu entwickeln. Das war nach Auffassung der Mehrheit im Vorstand des BSV nur möglich, wenn Pazifisten, die sich ihrer Ziele bewusst waren, mit am Kabinetttisch sitzen, den Aufbau der zivilen Komponente der Politik betreiben und sich militärischen Lösungen widersetzen könnten.

Als Kabinettsmitglieder mussten sie aber auch in der Lage sein, in Krisensituationen eigene zivile Kräfte anzubieten. Wer regieren will, kann im Voraus nicht wissen, wie viel Zeit er in der tatsächlichen Regierungsverantwortung haben wird, sich auf die neue Situation einzustellen und auch die neuen finanziellen und gesetzgeberischen Möglichkeiten zu nutzen. Im schlimmsten Fall müssen Pazifisten bereits im Moment der Regierungsbeteiligung

¹ Roland Vogt: *Aus der Pressearbeit des Bundes für Soziale Verteidigung. In: Gewaltfreie Aktion, 80/81, 1989, S. 18-55*

krisenreaktionsfähig sein, das heißt, es müssen bereits Einsatzgruppen für eine gewaltfreie Politik (nonviolent task forces) existieren, wenn sie sich an den Kabinetttisch setzen.

Die Zeit der Opposition musste also genutzt werden, um solche Einsatzgruppen zu trainieren und aufzubauen, so dass man in der Regierungsverantwortung nicht plötzlich damit überrascht werden konnte, alternativlos bewaffneten Einsätzen von Polizei und Militär zustimmen zu müssen. Der Aufbau solcher gewaltfreier Einsatzgruppen ist gewiss schwierig, aber im Unterschied zum Training bewaffneter Gruppierungen grundsätzlich möglich, weil er schließlich nicht illegal, sondern dem Gemeinwohl dienlich ist. Das Problem ist, in der Opposition für eine solche Einsatzgruppe die Freiwilligen und die finanziellen Mittel zu finden.

Der Aufbau von gewaltfreien Einsatzgruppen ist unterblieben, auch wenn es gewisse Trainingsansätze gab.⁽²⁾ Hier haben die Pazifisten etwas Wichtiges versäumt. Sie haben nicht ausreichend demonstriert, dass es ihnen mit dem gewaltfreien Regieren ernst ist und dass sie sich darauf vorbereiten.

Das unverdrossene Angebot der Kirche an die Politik

Seit 1992 hat die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, zu deren Kirchenleitung ich von 1984 bis 1996 gehörte, den regierenden bzw. opponierenden Politikern als "unverdrossenes Angebot" vorgeschlagen, einen Zivilen Friedensdienst aufzubauen. Das ist nachzulesen in der speziellen Denkschrift "Ziviler Friedensdienst - Einsatzgruppen für eine Politik mit gewaltfreien Mitteln".⁽³⁾ Dieser Zivile Friedensdienst sollte angepasst an die neue Lage den Wehrpflichtigen als Option die Möglichkeit eröffnen, sich für die gewaltfreie Konfliktbearbeitung ausbilden zu lassen und in entsprechenden staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen im In- und Ausland ihren Alternativ-Dienst zu leisten.

Der Bund für Soziale Verteidigung griff dieses kirchliche Konzept zwar auf, ging jedoch zu den 'staatstragenden' Bestandteilen eher auf Distanz, befürwortete aber gleichfalls die breit angelegten Ausbildungspläne für eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern aller Alters- und Berufsgruppen.

Der BSV überließ nach einigen Jahren arbeitsteilig die weitere Entwicklung des Zivilen Friedensdienstes dem Forum Ziviler Friedensdienst e.V., das sich immer mehr auf internationale Einsätze von Nicht-Regierungsorganisationen konzentrierte und eine Profilierung als Friedensfachdienst anstrebte. Das war besser als nichts, doch unzulänglich, wenn man für den Fall einer Regierungsbeteiligung der Grünen eine Alternative zum Militär aufbauen wollte. Mit der Reduzierung des Zivilen Friedensdienstes auf einen kleinen Friedensfachdienst überließ man konzeptionell den militärischen Krisenreaktionskräften konkurrenzlos das Feld. Das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. bemühte sich mit einer "Berliner Erklärung" um breite Zustimmung - bis hinein in die Reihen der regierenden CDU -, erhob aber nicht mehr den Anspruch, eine "Alternative zum Militär" zu sein. Beim Forum wehrte man sich vielleicht auch nicht entschieden genug gegen die Vereinnahmung des Konzeptes als "Ergänzung" des Militärischen, auch wenn man diese Sprachregelung, welche einige prominente Befürworter des Zivilen Friedensdienstes anboten, nicht direkt übernahm.

² Vgl. die Überlegungen und Erfahrungsberichte zum Training in gewaltfreiem Verhalten in Th. Ebert: *Ziviler Friedensdienst - Alternative zum Militär. Grundausbildung im gewaltfreien Handeln*, Münster: Agenda, 1997

³ Dokumentiert in: Th. Ebert: *Ziviler Friedensdienst*, a.a.O., S. 272-286

Das Ausweichen vor der Größe der Aufgabe

Die Leistung der Organisationen, die sich überhaupt zum Aufbau eines Zivilen Friedensdienstes bekannten, bestand darin, dass sie grundsätzlich bekundeten: *Wenn wir eine gewaltfreie Politik wollen, dann müssen wir dazu selbst einen Beitrag leisten; es gibt keinen bequemen, keinen billigen Pazifismus.* Da war die Denkfigur ähnlich wie bei Dietrich Bonhoeffer, der im Blick auf die Kirche in seiner Vorlesung über die Bergpredigt darauf hingewiesen hatte, dass es so etwas wie "billige Gnade" nun mal nicht gibt und dass uns Alternativen nun mal teuer zu stehen kommen.⁴

Diese Erkenntnis setzte sich in den pazifistischen Verbänden nur langsam durch. Die Vorstellung, dass grüne Pazifisten sich an einer sozialdemokratisch geführten Regierung beteiligen und dazu im Voraus eine Nonviolent Task Force aufbauen müssten, war Ende der 80er Jahre in pazifistischen Kreisen ganz schwer und manchmal gar nicht zu vermitteln. Den Friedenstauben sträubte sich gewissermaßen das Gefieder. Es wurde mit starken Worten darauf hingewiesen, beim Versuch einer gewaltfreien Sicherheitspolitik bestünde die Gefahr, dann letzten Endes für die ganze Politik des militärgestützten, globalen Kapitalismus vereinnahmt zu werden. Das war der anarchistische Verdacht, traditionsgesättigt und unschwer zu begründen. Wer wagte da schon zu sagen: *Pecca fortiter!* Also: Probiert es, auf die Gefahr hin, euch die Nase einzuklemmen! Beim Eintreten für den Zivilen Friedensdienst als Option für Wehrpflichtige, spürte ich vieler Orten die Scheu vor dem Risiko pazifistischer Politik. Als im Jahre 1992 der Berliner Bischof Martin Kruse auf meinen Vorschlag bei zwanzig Friedensverbänden anfragte, was sie vom Zivilen Friedensdienst hielten, hat dies eine Fülle von Bedenken zu Tage gefördert, aber kaum tatkräftige Zustimmung ausgelöst. Die Chance wurde nicht gesehen. *Pacifism as usual.*⁽⁵⁾ Die anerkannten Kriegsdienstverweigerer selbst machten keine Anstalten, sich das Konzept des Zivilen Friedensdienstes zu eigen zu machen. Waren sie nicht informiert, zu jung oder einfach zu bequem, sich für eine neue Form der inneren und äußeren Sicherheit zu engagieren? Diese Frage vermag ich bis zum heutigen Tage nicht zu beantworten. Ich weiß nur, dass ich als Fünfundzwanzigjähriger, als ich mich in Stuttgart um den Aufbau einer *Gewaltfreien Zivilarmee* bemühte, mir immer gewünscht habe, dass die Kirche mit einer solchen Denkschrift und entsprechenden Angeboten auf uns zukäme. Ich bin sicher, dass wir im Verband der Kriegsdienstverweigerer zu Beginn der 60er Jahre mit beiden Händen zugegriffen hätten, wenn unsere Kirche einen Zivilen Friedensdienst als Option für Wehrpflichtige vorgeschlagen hätte.

Vielleicht täusche ich mich auch. Immerhin war Wolfgang Sternstein damals in Stuttgart auch mit von der Partie, und es gab auch in den 60er Jahren unter Pazifisten bereits das fundamentale, anarchistische Misstrauen gegenüber allen staatlichen Einrichtungen. Als dann Sternstein auf das Berliner Konzept des Zivilen Friedensdienstes mit freundlicher Skepsis reagierte und vor dessen Missbrauch als "gewaltlosem Hilfssheriff" der Staatsgewalt warnte, war dies eine in anarchistischen Kreise gerne gehörte Formulierung.⁽⁶⁾ Dabei lehnte Sternstein den Aufbau eines Zivilen Friedensdienstes keineswegs ab, aber er rechnete mit langen Zeiträumen für den Aufbau und er wollte einen hohen, direkten Anteil der Bürger an seiner Finanzierung und Steuerung. Im Grunde genommen richtig und auch auf Gandhis Linie, aber für die unmittelbar vor uns liegende Zeit blieb unklar, wer denn an Stelle von

⁴ D. Bonhoeffer: *Nachfolge*, München 1937, S. 1-13

⁵ Eine rühmliche Ausnahme bildete die ausführliche Stellungnahme des Vorsitzenden des *Versöhnungsbundes e.V.* Konrad Lübbert: *Den Auftrag des Evangeliums wahrnehmen.* In: *Gewaltfreie Aktion*, 91/92, 1992, S. 21-26

⁶ W. Sternstein: *Der Zivile Friedensdienst - ein gewaltloser Hilfssheriff der Staatsgewalt? Kritik einer staatlichen Finanzierung.* In: *Gewaltfreie Aktion*, 105-107, 1995/96, S. 16-22

Polizei und Militär die Drecksarbeit machen sollte, wenn die innere Ordnung oder der äußere Frieden durch bewaffnete Gewalt bedroht sein sollten.

Das in pazifistischen Kreisen immer gern gesungene Hohe Lied auf die freiwilligen, aus hochherzigen Spenden finanzierten Nichtregierungsorganisationen konnte bei näherer Betrachtung nicht darüber hinwegtäuschen, dass deren Umfang und Vorbereitung nicht dem entsprachen, was eine pazifistisch eingestellte Regierung an gewaltfreien Krisenreaktionskräften nötig haben könnte.

Die Denkschriften der Evangelischen Kirche und des Bundes für Soziale Verteidigung

Immerhin lag mit dem Zivilen Friedensdienst in der europäischen Geschichte des Pazifismus zum ersten Mal ein Konzept vor, das den gesamten Bereich der bewaffneten Herausforderungen von Zivilgesellschaften abzudecken suchte und das Angebot einer entsprechenden Grundausbildung für alle Bürgerinnen und Bürger vorsah. Den wichtigsten Grundlagentext sehe ich hier nach wie vor in der Denkschrift der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. Diesem Text ist noch eine entsprechende Ausarbeitung des Bundes für Soziale Verteidigung zur Seite zu stellen.⁽⁷⁾ Zwischen beiden Gremien hat es auch eine intensive Beratung gegeben.⁽⁸⁾

Charakteristisch für beide Denkschriften ist: Im verpflichtenden oder freiwilligen Angebot einer Ausbildung in der gewaltfreien Konfliktbearbeitung wird ein wesentlicher Bestandteil praktizierter Demokratie gesehen.

In den 90er Jahren traten im deutschen Pazifismus an die Stelle der traditionellen Fragen nach der Verteidigungsfähigkeit von Demokratien gegenüber totalitärer Bedrohung neue Fragen. Probleme der inneren Sicherheit beschäftigten nicht nur saturierte Bürger. Auch Pazifisten überlegten sich, wie sie mit offenen gewaltsamen Bedrohungen und im Dunkeln gehaltenen Vergehen und Verbrechen im Alltag umgehen sollten. Man durfte das Thema Innere Sicherheit nicht den konservativen Parteien, die fürs Erste mehr Polizei forderten und im Übrigen die Angst vor Ausländern schürten, überlassen. Wenn man eine Politik mit gewaltfreien Mitteln machen wollte, dann musste man auch die Probleme der inneren Sicherheit und des multiethnischen Zusammenlebens in Eigeninitiative angehen und konnte in den eigenen Alltagsangelegenheiten nicht nach harten gesetzlichen Sanktionen und der staatlichen und letzten Endes bewaffneten Ordnungsmacht rufen.

Law and order mit gewaltfreien Mitteln

Dem Zivilen Friedensdienst lag tendenziell die Vorstellung zugrunde, dass - in Verbindung mit der persönlichen Einsatzbereitschaft - die Konflikte letztlich im Konsens und auf der Basis von Kompromissen reguliert werden könnten, ohne dass ein hohes Gericht förmlich Recht sprechen oder Sanktionen verhängen müsste. Der Grundgedanke des Zivilismus ist, dass die Androhung bewaffneter Sanktionen durch den Staat - in Form von Polizeieinsätzen und Gefängnisstrafen - nicht länger ein konstitutiver Bestandteil der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung ist, sondern durch ziviles Engagement ersetzt wird. Der Staat kann und sollte allerdings dieses zivile Engagement fördern - auch durch ent-

⁷ Dokumentation: *Ziviler Friedensdienst - ein Konzept des Bundes für Soziale Verteidigung*. In: *Gewaltfreie Aktion*, 99/100, 1994, S. 22-29

⁸ Roland Vogt und Kurt Südmersen: *Einsatzfelder des Zivilen Friedensdienstes im In- und Ausland. Memorandum zum Gespräch des Bundes für Soziale Verteidigung mit der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg am 26.3.1993*. In: *Gewaltfreie Aktion*, 95/96, 1993, S. 31-37. Dazu auch das Protokoll des Gespräches: *Gewaltfreie Politik auch etablierten Institutionen zutrauen*. ebda, S. 37-39

sprechende Gesetze.⁹⁾ In pazifistischen Kreisen hat man noch zu wenig darüber nachgedacht, was im Alltag an die Stelle polizeilicher Gewaltdrohung oder von Gefängnisstrafen treten könnte. Da müssen die gedanklichen und praktischen Experimente, die von anderen Kreisen, z.B. Polizei- und Strafrechtsreformern gemacht wurden, noch zur Kenntnis genommen und mit den pazifistischen Ansätzen verbunden werden. Warum sollte es nicht gelingen, auch auf dem Gebiet von Law and Order die Gewaltanwendung zu eliminieren, wo dies doch in der Pädagogik innerhalb von fünfzig Jahren möglich war? Wer empfände es heute nicht als absurd, die schulischen Leistungen von Kindern durch Stockschläge auf die Hand, die sogenannten Tätzen, oder auf das Gesäß - im Schwäbischen 'Hosenspannes' genannt - steigern zu wollen? Und ich spreche hier aus eigener Erfahrung. Noch in der Weimarer Republik war es gang und gäbe, Kinder mit Schlägen zu 'disziplinieren' - sowohl in der Schule wie auch im Elternhaus.

Die freiwillige Befolgung der demokratisch beschlossenen Gesetze hatte zwar auch bereits zum Repertoire der Sozialen Verteidigung gehört, war aber hier noch als besondere Anstrengung *in einer Ausnahmesituation* gedacht gewesen. Bei der Sozialen Verteidigung gegen einen Aggressor mussten die Verteidiger davon ausgehen, dass es neben der Besatzungsmacht für einige Zeit keine bewaffnete Polizei und Justiz mehr geben würde und dass die Bürger ihre Konflikte unter sich regulieren oder auch vertagen müssten.

Zum Zivilen Friedensdienst gehörte nun die Frage, ob seine Protagonisten nicht im Blick auf die gewaltfreie Konfliktregulierung in Friedenszeiten schon durchdenken bzw. gar erproben könnten, wie Konflikte mit gewaltsamen Extremisten oder gewissermaßen 'ausflippenden' Mitbürgern sich bearbeiten lassen, ohne die Androhung gewaltsamer Sanktionen durch staatliche Organe in Anspruch zu nehmen. Erörtert wurde dies in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und im Bund für Soziale Verteidigung vor allem im Blick auf die Bedrohung von Ausländern durch Rechtsextremisten und die Gewalt in deutschen Schulen, wo diese Gewalt nun nicht Lehrer gegen Schüler, sondern diese untereinander ausübten, was es früher aber schon gegeben hatte. Dazu wurden vernünftige Vorschläge gemacht und diese auch mit den zuständigen Behörden erörtert. Da diese Behörden überlastet waren, zeigten sie sich an einer Steigerung der zivilen Fähigkeit zur gewaltfreien Konfliktregulierung interessiert und waren auch Bundesgenossen in der Abwehr der Bestrebungen, sich privat zu bewaffnen. Die Auswirkungen solchen 'bewaffneten Selbstschutzes' waren aus den USA schließlich hinlänglich bekannt.

Diese erfreuliche Tendenz zum demokratischen Zivilismus lässt aber noch die Frage offen, wie weit diese Fähigkeit der Bürger, ihre Konflikte selbst zu regulieren, sich steigern lässt. Würden diese letzten Endes auch in der Lage sein, mit rein gewaltfreien Mitteln und ohne das Anrufen der Staatsgewalt bewaffnete Bedrohungen und kriminelle Machenschaften abzuwehren?

Ein Beispiel. Die vietnamesische Zigarettenmafia lässt sich durch Zoll, Polizei und Justiz bekämpfen. Aber könnte ihr auch ein Ziviler Friedensdienst gewissermaßen die Geschäftsgrundlage entziehen, indem er die Normalbürger überzeugte oder auch mit gewaltfreien Mitteln bedrängte, mit diesen kriminellen Organisationen nicht zusammenzuarbeiten, also keine illegalen Zigaretten zu kaufen? Es gibt noch keine Studien aus pazifistischer Sicht zu dieser Problematik. Doch folgende Überlegung ist nahe liegend: Wer sich der Angebote der Mafia bedient, macht sich zu deren Komplizen. Wer an Zigaretten seine Steuern 'spart', schießt in den Bandenkriegen der Mafiosi mit. So hätte auch Gandhi argumentiert. Er hat im Blick auf die englische Kolonialherrschaft von der "freiwilligen Knechtschaft" der Inder gesprochen. Er hat diese darin gesehen, dass die meisten Inder bereit waren, mit den Kolonialherren zu kooperieren bzw. zu kollaborieren. Wahrscheinlich ist die

⁹⁾ Zum Konzept eines pazifistischen Zivilismus siehe: Gernot Jochheim: *Länger leben als die Gewalt. Der Zivilismus als Idee und Aktion*, Stuttgart 1986

Basis vieler Arten von Kriminalität in unserer Gesellschaft, dass gewissermaßen anständige Bürger die Angebote von Kriminellen nutzen, egal ob es sich um eine Stange Zigaretten, Ekstasy-Pillen oder um ausländische Zwangsprostituierte handelt. Und es gibt noch viel mehr andere, die dies 'tolerieren' - bequemes Wegsehen hat mit Toleranz jedoch nichts zu tun.

Defizite in Theorie und Praxis des Pazifismus

Noch fehlt vielfach der Brückenschlag zwischen dem Zivilismus des Alltags und dem Pazifismus der Friedensbewegung. Die Vorstellung von der gewaltfreien Aktion als dem letzten Mittel des Volkes - und zwar in seiner großen Zahl - wurden innerhalb der Friedensbewegung und auch in der Diskussion der Grünen und der SPD fast perfekt verdrängt. Noch ist die rot-grüne Bundesregierung nicht bereit zuzugeben, dass es im Kosovo nicht so richtig gelungen ist, mit militärischen Mitteln die Menschenrechte zu befördern. Aber vielleicht steigt demnächst wieder die Bereitschaft, sich neu zu fragen, was Politik mit gewaltfreien Mitteln innen- und außenpolitisch sein könnte.

Der springende Punkt ist, dass Menschen in weit größerer Zahl als bisher sich darauf vorbereiten sollten, in einem Friedensnetzwerk innen- und außenpolitisch tätig zu werden. Dafür müssen sie die entsprechenden Kenntnisse und Fertigkeiten in einer Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktbearbeitung erwerben, wie dies zum Beispiel die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg im Rahmen ihres Konzeptes eines Zivilen Friedensdienstes mit Hilfe des einschlägigen Gutachtens von Uwe Painke vorgeschlagen hat.⁽¹⁰⁾

Gandhis Vorbild

Wer die Möglichkeiten einer Politik mit gewaltfreien Mitteln zu erkunden sucht, sollte einsetzen bei demjenigen Theoretiker und Praktiker gewaltfreier Politik an, ohne den man sich den modernen Pazifismus genauso wenig denken kann wie den Sozialismus ohne Marx oder die Französische Revolution ohne Rousseau. Ich meine Mohandas K. Gandhi, der in Südafrika nicht nur für die Rechte einer indischen Minderheit stritt und dann in Indien einen gewaltfreien Befreiungskampf leitete, sondern als Ziel von Anfang an auch einen multiethnischen und multireligiösen Nationalstaat ohne schwer bewaffnete Polizei und Armee im Auge hatte. Er hat in seinen gewaltfreien Kampagnen, welche die ganze erste Hälfte des 20. Jahrhunderts umfassten, nicht nur mehr praktische Erfahrungen mit dem Instrumentarium und der Organisation der gewaltfreien Aktion gesammelt als jeder andere Politiker, er hat auch umfangreiche Berichte über seine eigenen Erfahrungen und viele Stellungnahmen zu aktuellen politischen Ereignissen an vielen Stellen der Erde hinterlassen. Darüber hinaus hat er immer wieder reflektiert, was es bedeuten würde, wenn ein Staatswesen auf das Prinzip der Gewaltfreiheit gegründet würde.

Vieles von dem, was Gandhi gesagt und getan hat, ist unzulänglich, manches einseitig, aber für Citoyens, die mit gewaltfreien Mitteln Politik machen möchten, lohnt es sich allemal, Gandhis Erfahrungen zu studieren. Es ist nun mal so: Man ist nicht einfach gewaltfrei; die gewaltfreie Aktion müssen wir im Moment noch lernen wie eine Fremdsprache. Die Sprache der Eltern und Großeltern war in vieler Hinsicht noch die Sprache der Gewalt, auch wenn es Elemente der gütigen Zuwendung und des liebevollen Auseinandersetzung gab. In der Regel stand doch als letztes Mittel die Androhung von Gewalt im Raume.

Ein aktuelles Beispiel für eine Möglichkeit von Gandhi zu lernen: Es ist eine traurige Tatsache, dass die KFOR-Truppen im Kosovo außerstande sind, den wenigen dort noch verbliebenen Serben und Roma Sicherheit zu gewähren. Im Moment scheinen sie diese nur noch aus ihrer Heimat geleiten zu können. Doch wo sind sie willkommen? Eigentlich nir-

¹⁰ U. Painke: *Projektanalyse der Ausbildung zum Zivilen Friedensdienst. In: Gewaltfreie Aktion, 105-107, 1995/96, S. 34-57*

gends. Das Konzept des multiethnischen Kosovo ist mit militärischen Mitteln auf die Dauer nicht zu realisieren. Die Frage ist, ob diejenigen Albaner und Serben, welche einen multiethnischen Kosovo wünschen, durch einen ausländischen Zivilen Friedensdienst unterstützt werden könnten. Als Muslime von Hindus ermordet und vertrieben wurden, haben Gandhi und seine Helfer in den Häusern der Bedrohten geschlafen, d.h. sie haben auf Zeit das Leben der Bedrohten geteilt. Wenn es einen umfangreichen deutschen Zivilen Friedensdienst gäbe - und das ist leider ein Potentialis -, dann könnte ich mir vorstellen, dass dieser nach entsprechender Ausbildung in erheblicher Zahl mit denjenigen zusammenleben würde, die sich im Kosovo und anderswo bedroht und nur in der Flucht ihr Heil sehen. Zur Veranschaulichung ein Rechenexempel: Wenn man ein Dorf mit 500 Serben einigermaßen in der eigenen Zivilcourage bestärken will - und man sollte beim gewaltfreien Empowerment nicht von 'schützen' sprechen -, dann bedarf es - so man die Erfahrungen der Peace Brigades International heranzieht - auch einer erheblichen Zahl von zivilen Begleitern, meines Erachtens in dem hier angenommenen Falle von etwa 100 Mitgliedern eines Zivilen Friedensdienstes. Diese müssten für geraume Zeit in dem bedrohten Dorf leben und mitarbeiten. Hoffentlich würde sich dann im Alltag so etwas wie Gütekraft entwickeln. Wie dann das faktische Nebeneinander von KFOR und Zivilem Friedensdienst sich vor Ort gestalten würde, kann ich auch nicht sagen. Vielleicht ist es dann auch nicht so wichtig, ob man von "Ergänzung" oder "Alternative" spricht. Wichtiger wäre, dass man das Experiment mal macht und aufzeichnet, was geschieht.

Geplant: Ein Ausbildungszentrum für ein Friedenskorps

Zu einer ausreichenden Zahl einsatzfähiger Nonviolent Task Forces wird man jedoch nicht kommen, wenn man weiter nur in den Kategorien eines Friedensfachdienstes von hoch qualifizierten, berufserfahrenen OSZE-Mitarbeitern denkt. Es ist gewiss zu begrüßen, wenn das deutsche Außenministerium jetzt ein "ziviles Friedenskorps" bilden will und daran gedacht wird, in einem Zentrum "ehemalige Bundeswehr-Angehörige, Juristen, Verwaltungsfachleute, Politologen und Sozialwissenschaftler" auf ihre neuen Aufgaben vorzubereiten,⁽¹¹⁾ aber wenn in diesem Zusammenhang Außenminister Fischer darauf hinweist, dass "an der Kosovo-Beobachtung der OSZE im Frühjahr bereits 150 Deutsche teilgenommen" hätten, dann muss man auch dazu sagen, dass sich bei dieser Gelegenheit gezeigt hat, dass diese Zahl viel zu gering war und wahrscheinlich mehr als das Zehnfache erforderlich gewesen wäre.

Ein Kommentar Harald Martensteins im Berliner *Tagesspiegel* hat die Absicht Außenminister Fischers mit dem Vorschlag der EKIBB in Verbindung gebracht, dass künftig Wehrpflichtige für diese Ausbildung optieren könnten.⁽¹²⁾ Das ist bislang leider nur ein - hoffentlich fruchtbares - Missverständnis der Absichten Joschka Fischers durch den Kommentator. Sicherlich bedarf es mehr qualifizierter OSZE-Mitarbeiter, und es ist sinnvoll hier auf berufserfahrene Akademiker und früh pensionierte Berufsoffiziere zurückzugreifen, aber der Zivile Friedensdienst bedarf vieler Indianer, nicht nur einiger Häuptlinge.

Bei der Frage, was von Pazifisten getan werden kann, um sich auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorzubereiten, muss man realistischerweise einkalkulieren, dass die Pazifisten eine Koalition mit anderen eingehen müssen, welche in der gewaltfreien Aktion nicht das erste und auch das letzte Mittel der Politik sehen. Es bleibt darum immer die pragmatische Frage, was man seinerseits anzubieten hat und was man noch mitmachen kann. Das wird immer eine Frage der politischen Einschätzung bleiben. Es gibt in der Tagespolitik viele Möglichkeiten, Fehler zu machen. Wenn man diese offen diskutiert und er-

¹¹ *Fischer baut ziviles Friedenskorps auf. Ausbildungszentrum für internationale Krisenmanager. In: Der Tagesspiegel, 1.8.1999*

¹² *Deutsches Friedenskorps. Frieden schaffen ohne Waffen. In: Der Tagesspiegel, 2.8.1999*

forderlichenfalls eingesteht, ist das keine Katastrophe. Gandhi hat des Öfteren Fehler gemacht, aber seine Größe bestand auch darin, dass er die Fehler ansprach, aus ihnen lernte und sich korrigierte.

Vom Fehler machen und den Risiken der Praxis

Wer theoretisch und praxeologisch zu klären sucht, was Opponieren und Regieren mit gewaltfreien Mitteln bedeutet, muss sich darüber im Klaren sein, dass er - selbst in der politischen Verantwortung - auch Fehler machen würde und sehr fragwürdige Kompromisse schließen müsste. Man muss für sich selbst aber eine Grenze ziehen, die zu überschreiten man auf gar keinen Fall bereit ist. Ein Politiker, der nicht weiß, wann er ein Amt nicht annehmen darf bzw. wann er es niederzulegen hat, kann keine gewaltfreie Politik machen. Meines Erachtens sollte er diese innere Grenze auch nicht für sich behalten, sondern sollte offen aussprechen, wo er diese Linie gezogen hat. Mag sein, dass er dann ausmanövriert oder erpresst werden kann, aber er entgeht damit der weit größeren Gefahr, mit der Zeit seine Identität und Glaubwürdigkeit zu verlieren.